

Infobogen 15.6.2.6 Novemberpogrome

Zerstörte Geschäfte, geplünderte Wohnungen, brennende Synagogen – am Morgen nach dem 9. November 1938 ähnelte Deutschland einem Trümmerhaufen. 30.000 Juden wurden verhaftet, viele in den Tod getrieben. Es war nicht – wie die Nationalsozialisten behaupteten – der spontane Volkszorn, der sich gegen das jüdische Volk entlud, sondern ein gezieltes Pogrom der Partei. Was passierte in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938?

Judenfeindliche Politik vor 1938

Der Begriff Pogrom stammt aus dem Russischen und bedeutet eine "gewalttätige Ausschreitung gegen bestimmte Minderheiten". Nicht erst 1938, sondern bereits mit der Machtübernahme Adolf Hitlers 1933 begann die judenfeindliche Politik der deutschen nationalsozialistischen Regierung. Am 1. April 1933 gab es die erste zentral gesteuerte Terroraktion im Deutschen Reich: den Juden-Boykott. "Kauft nicht bei Juden" stand auf Schildern an jüdischen Geschäften geschrieben.

Mit dem "Reichsbürgergesetz" und dem "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15. September 1935 schafften die Nationalsozialisten die Grundlage dafür, die Rechte der Juden immer mehr einzudämmen. Jüdische Beamte wurden entlassen, Ärzten wurde die Approbation entzogen, Anwälte durften nicht mehr praktizieren. Diskriminierungen, Misshandlungen und Verhaftungen waren an der Tagesordnung.

Die Polen-Ausweisung

500.000 deutsche Juden lebten Anfang 1933 im Deutschen Reich. Rund ein Viertel davon war bis zum Herbst 1938 ins Ausland emigriert. Zu wenig für die Nationalsozialisten - zusehends verschärften sie ihre "Judenpolitik" und beschleunigten die Massenvertreibungen.



Das betraf auch die ausländischen Juden im Deutschen Reich. Knapp 100.000 waren es Mitte 1933, über die Hälfte von ihnen Polen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 1938 sollten sie alles verlieren: Ohne Vorbereitung, ohne Sachen packen und mitnehmen zu können, holten Polizisten die polnischen Juden ab. 17.000 wurden abgeschoben. Zu Tausenden mussten sie an

Bahnhöfen warten - ohne Essen, ohne Trinken, ohne überhaupt zu wissen, was mit ihnen passiert - und wurden dann in geschlossene Waggons gepfercht und an die Grenze gebracht.

Hintergrund der Aktion: Die polnische Regierung wollte die Polen, die längerfristig oder dauerhaft im Ausland lebten, durch ein neues Gesetz ausbürgern. Deutschland befürchtete daraufhin, Tausende staatenlose Juden nicht mehr legal abschieben zu können und beherbergen zu müssen.

Der Machtkampf zwischen der deutschen und polnischen Regierung spitzte sich immer mehr zu. Zwei Tage, bevor die polnische Verordnung in Kraft trat, schleppten deutsche Polizisten und Leute der SS die Menschen wie Vieh an die polnische Grenze.

Die ersten Transporte wurden noch hinübergelassen - dann wurde die Einreise verweigert. Rund 7000 Menschen blieben bis 1939 im Flüchtlingslager in Zbaszyn an der deutsch-polnischen Grenze.

Ein Mordanschlag als Vorwand



Unter den Abgeschobenen waren Sendel und Ryfka Grynszpan aus Hannover mit ihren Kindern Berta und Markus. Ihr Sohn Herschel, der illegal in Paris lebte, erfuhr am 3. November 1938 per Postkarte vom Leid der Familie. Am Morgen des 7. November verübte der 17-Jährige ein tödliches Attentat auf den höheren Beamten der deutschen Botschaft in Paris, Legationssekretär Ernst vom Rath. Grynszpans Motiv wurde nicht eindeutig geklärt, jedoch gab er in einem Verhör an, dass er aus Protest gegen die jüdenfeindliche Politik der Deutschen und aus Rache für das schlimme Schicksal seiner Eltern und Geschwister geschossen hatte. Das Attentat nutzten die Nationalsozialisten als Vorwand für den schrecklichen Pogrom, der nur wenige Tage später die Juden im Deutschen Reich traf.

9. November 1938: Nacht der brennenden Synagogen

Der 9. November war für die Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ein wichtiges Datum. Jedes Jahr gedachten sie mit dem Marsch auf die Feldherrnhalle in München des missglückten Hitler-Putschs von 1923.

Im Münchener Rathausaal waren die Spitzen der Partei an diesem 9. November 1938 anschließend zusammengekommen, auch Reichskanzler Adolf Hitler war unter ihnen. Am späten Abend erreichte ihn die Nachricht vom Tode Ernst vom Raths. Hitler sprach nicht wie gewöhnlich zur Versammlung, sondern beriet sich mit Joseph Goebbels, seinem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, und fuhr dann in seine Münchener Wohnung.

Goebbels hielt nach Hitlers Aufbruch eine antisemitische Hetzrede, in der er Rache und Vergeltung für das Attentat forderte. Vereinzelt war es schon in einigen Orten, unter anderem in den Gauen (die Bezirke, in die die NSDAP Deutschland eingeteilt hatte) Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu angeblich spontanen jüdenfeindlichen Ausschreitungen gekommen.

Hitler soll hierzu gesagt haben, so Goebbels in seinem Vortrag, dass "derartige Aktionen von der Partei weder voranzutreiben noch zu organisieren seien. Soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten". Die Parteispitzen



verstanden Goebbels Rede als Aufruf zum Pogrom, den die Partei organisieren

Gestapo - Geheimes Fernschreiben vom 9.11.1938, 23.55 Uhr

An alle Stapo Stellen und Stapoleitstellen - An Leiter oder Stellvertreter
Dieses FS ist sofort auf dem schnellsten Wege vorzulegen.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Massnahme sicherzustellen.
3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.
4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Massnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Massnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

IMT XXV: 377

sollte, als dessen Urheber sie aber nicht in Erscheinung treten durfte.

Was folgte, war die Nacht der brennenden Synagogen: Polizisten und Leute der Sturmabteilung in Zivil brachen in die jüdischen Gotteshäuser an, zerstörten alles, was sie in die Hände bekamen, zündeten die gesamte Einrichtung an.

Die Juden wurden aus ihren Wohnungen geholt, misshandelt, bedroht, verhaftet, ihr gesamtes Hab und Gut vernichtet. Jüdische Geschäfte, Schulen, Waisenhäuser - kaum etwas blieb verschont. Die Polizei sah zu, die Feuerwehr war nur vor Ort, um ein Übergreifen der Brände auf nichtjüdische Häuser zu verhindern.

Die Bilanz des Schreckens

7500 Geschäfte wurden in dieser Nacht demoliert. 1400, also die Hälfte aller deutschen und österreichischen Synagogen, waren nur noch Schutt und Asche. 30.000 vorwiegend männliche Juden wurden in den Folgetagen verhaftet und in Konzentrationslager gebracht.

91 Menschen sollen nach offiziellen Angaben während der Reichspogromnacht zu Tode gekommen sein. In Wirklichkeit waren es weitaus mehr - zwischen 1300 und 1500 -, die durch den Schock an einem Herzinfarkt starben, sich aus Leid und Scham das Leben nahmen oder in den Konzentrationslagern zu Tode gequält wurden.

Am 10. November verkündete Goebbels durch die Presse, dass weitere Ausschreitungen zu unterlassen seien. Dennoch dauerte der Pogrom in einigen Städten bis zum 13. November an. Wegen der Masse an Scherben durch zerbrochene Schaufenster ist der verharmlosende Begriff der "Reichskristallnacht" für den 9. November 1938 entstanden.



Nicht der Höhepunkt, erst der Anfang

Wie ging es für die Juden in Deutschland nun weiter? Entscheidend war der 12. November 1938, an dem die "Besprechung über die Judenfrage" stattfand. Viele Juden dachten, der 9. November sei der Höhepunkt des Schreckens gewesen - doch es war erst der Anfang. Die Ergebnisse dieser Besprechung markierten "den Übergang von der Verfolgung zur existentiellen Vernichtung der Juden in Deutschland", stellt der Historiker Hans-Jürgen Döscher in seinem Buch über die Novemberpogrome fest.

Massenflucht nach den Novemberpogromen

Die Juden wurden vollends aus dem beruflichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben verbannt: Sie durften keine öffentlichen Veranstaltungen mehr besuchen, Handel, Handwerk und Gewerbe waren verboten, jüdische Kinder durften nicht am Unterricht nichtjüdischer Schulen teilnehmen, Juden wurden die Führerscheine entzogen. Die Diskriminierungen, Verbote und Auflagen wurden immer mehr, sie umfassten das gesamte alltägliche Leben - den Juden in Deutschland wurde damit jegliche Existenzgrundlage genommen.

Die Situation wurde für viele so ausweglos, dass es ab November 1938 zu einer regelrechten Massenflucht kam. Doch bürokratische Hürden erschwerten die Auswanderung der jüdischen Menschen, hinzukam, dass das Ausland nur zögerlich Hilfsbereitschaft zeigte. Der Schrecken gipfelte im Holocaust, im systematischen Völkermord an Millionen Juden Europas.

Unter Verwendung von Texten von Kathrin Schamoni – Planet Wissen